Neuenburg.
nes seuchenfreies
nen-Wachs und
alte Waben
zu höchstem Tagespreis;
mpfehle ich mich im Au-
gen von Kunstwaben.
Chr. Neuweiler,
Wildbader Straße 340.

Neuenburg.
e im Nutzen gute
anen-
ege,
Tagen
itte Mal lammend, um-
halber sofort zu verkaufen
Robert Scheerer,
Wildbaderstraße.

h. Pitch-Pine-Riemen,
h. Red-Pine-Riemen,
er. Fichten-Riemen,
Kiefern-Riemen,
Stab-Bretter
n Stärken und Längen
liefern
lh. Bürkle,
n. b. H., Sägewerk,
Birkenfeld.

zte empfehlen
ortreffliches Hustenmittel
aiser's Brust-
Caramellen.
den „3 Tannen".
en gebrauchen sie gegen
eit, Verschleimung, Ka-
zuerzeugenden Hals, sowie als
ung gegen Erkältungen
rugnisse von Aerzten und
vorzügen den sicheren
Apothekenregende, fein-
de Bonbons.
30 Pfg., Dose 80 Pfg.
Sie auf die Schutzmarke!
ben bei: H. Bozenhardt,
in Neuenbürg, A. Breit-
rogerie in Schömberg,
ser, Colonialwaren, Wilh.
. Bürenstein, Nchfl., Joh.
er, Adolf Lustnauer Nfl.
Göckelmann, Wilhelm
Btw., in Neuenbürg, Os-
sing, Schömberg, Eugen
ub, Dobel, Wttbg. Alb.
er, Joh. Barth, Höfen,
önig, Herrenalb.

Feldrennach.
20 Zentner gut einge-
ckerbeu,
müsesamen
t hat zu verkaufen
Hoffner, Witwe.

Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeld. Perste freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Einz.-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Rieh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfg., Reklame-Zeile 50 Goldpfg. u. Zuschlag. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 56. Montag, den 9. März 1925. 83. Jahrgang.

Der Seekrieg der Zukunft.

Es ist verständlich, daß sich nach dem gewaltigen Zeitgeschehen des Weltkriegs so manche Hypothesenreiter und phantastische Zukunftsseher mit dem Krieg beschäftigen, der sich einmal in näherer oder fernerer Zeit über diesen Erdball wälzen wird. Wie problematisch solche Vorhersagungen im Grunde sind, haben wir am Weltkrieg gesehen. Selbst ein Mann vom Ausmaße eines Jules Verne hat die gewaltigen Erfindungen und überhaupt das Ausmaß dieses Krieges in seiner kühnsten Phantasie noch vorher zu schildern vermocht. Aehnlich wird es uns bei allen Prophezeihungen dieser Art auch heute gehen. Das eine nur darf wohl als feststehend angenommen werden, daß ein Krieg kommen wird — die derzeitige anormale Lage auf dem gesamten Erdball und das gestörte Gleichgewicht der Völker führen unbedingt zu einer neuen Katastrophe! — und daß dieser Krieg ganz ungleich in Ausmaßen und Wirkungen sein wird als der letztvergangene. Etwas für sich hat zweifellos die Ansicht, daß mehr als bisher sich große Entscheidungen auf bzw. im oder hoch über dem Ozean abspielen dürften. Jedenfalls rüsten die Völker der Welt, soweit sie überhaupt berufen sind in die wahrscheinlich größte kriegerische Entscheidung der Weltgeschichte einzugreifen, gerade auf dem Meere in beachtenswertem Maße. Es ist lehrreich in diesem Zusammenhange einmal die Flottenstärken, insbesondere die der Großkampfschiffe der Seemächte vor und nach dem Weltkrieg zu vergleichen.

Bei Kriegsbeginn verfügte England über eine Großkampf-Armada von 1 084 000 Tonnen. Deutschland hatte Großkampfschiffe mit einer Verdrängung von 667 000 Tonnen gegen den Feind zu schicken. Frankreich folgte mit 207 000 Tonnen, dann erst die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 203 000 Tonnen und endlich Japan mit 180 000 Tonen. Nach dem Kriege und vor allem nach dem Versailler sog. Friedensvertrag änderte sich das Bild ganz erheblich. Zunächst trat Deutschland völlig von seiner von dem Skagerrak und bei Colonel selbst der gewaltigen Seemacht England gegenüber behaupteten Seegeltung zurück. Fast die gesamte deutsche Flotte und naturgemäß hier vor allem die Großkampfeinheiten wurden ihm geraubt. Es zählt seitdem nicht mehr zu den Seemächten dieser Erde. Die Vereinigten Staaten und Japan sind inzwischen ganz erheblich aufgerückt. Die wahre Höhe der ausländischen Einheiten wird natürlich aus durchsichtigen Gründen vermieden. Offiziell hat man sich genötigt gesehen, die Bauten im Rahmen des Abkommens von Washington vom Jahre 1922 zu halten. Danach soll England an Großeinheiten 580 000 To. besitzen, Amerika 500 000 To. und Japan 300 000, während Frankreich gar mit nur 180 000 To. vorlieb nehmen soll. Diese Ziffern stehen natürlich nur auf dem Papier. Kein Staat denkt daran, selbst auch zur See wirklich sich Beschränkungen aufzuerlegen. Der deutlichste Beweis hierfür ist die Tatsache, daß England jetzt die beiden riesigen Linienschiffe „Nelson" und „Rodney" vom Stapel hat laufen lassen, deren Baukosten mit fast ¾ Milliarde Mark veranschlagt werden. Das Bekanntwerden der Baupläne, die einen ganz neuen Schiffstyp zeigen, hat die ganze marinetechnische Welt überrascht und besonders in Amerika große Beunruhigung hervorgerufen, wo man den Engländern vorwirft, daß sie die Washingtoner Bestimmungen auf geschickte Weise umgingen.

Deutschland.

Stuttgart, 7. März. Die Sozialdemokratie wollte laut „Schwäbischer Tagwacht" am Donerstag das Landestheater für eine Gedächtnisfeier für Ebert verwenden. Das Theater wurde indessen der Konsequenzen halber nicht freigegeben, da man keinen Vorgang für andere Organisationen und Veranstaltungen schaffen wollte. Die Reichswehrkapelle hatte zunächst die Uebernahme des orchestralen Teils des Programms übernommen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kommandeurs. Diese Zustimmung wurde indessen nicht erteilt, da für die Kapelle ein Dienst angesetzt war.

München, 7. März. Der Untersuchungsrichter beim Amtsgericht Stuttgart-Cannstatt lehnte die Haftbeschwerde der beiden kommunistischen Landtagsabgeordneten Schlaffer und Götz, sowie eines weiteren bayerischen Kommunisten Hannens Thunig ab.

München, 7. März. Nach den „Münchener Neuesten Nachrichten" hat die Kontrollkommission in Bayern in der Zeit vom 8. April 1924 bis Ende des Jahres insgesamt 166 Kontrollbesuche ausgeführt. Davon entfallen auf militärische Behörden 75, auf die Zivilbehörden, hauptsächlich Polizei 70 und die Industrieunternehmungen 21 Kontrollbesuche, die in zwei Abteilungen vorgenommen wurden. Sie verliefen, soweit den bayerischen Behörden bekannt, ohne Beanstandungen.

Koburg, 7. März. Von autorisierter Seite wird mitgeteilt, daß die in verschiedenen Tagesblättern erschienenen Notizen, die die Person des früheren Königs Ferdinand von Bulgarien, der seinen ständigen Wohnsitz in Koburg hat, zu politischen Kombinationen gebrauchen, jeglicher Grundlage entbehren und daher in das Gebiet der Phantasie gehören.

Berlin, 7. März. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Prozeß gegen Rotherdt in der Berufungsinstanz vor dem Magdeburger Landgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rudolf am 10. März beginnen. Die Nebenklage des Reichspräsidenten ist durch das Ableben des Antragstellers hinfällig geworden. — Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, wonach der Reichstag eine Abordnung von 14 Mitgliedern zur sofortigen Untersuchung der Ursachen des Explosionsunglücks bei der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff A.G. in Reinsdorf bei Wittenberg bestimmen soll.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons stellv. Reichspräsident.

Berlin, 7. März. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, haben sich die großen Parteien des Reichstags dahin geeinigt, daß durch Gesetz der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons als stellvertretender Reichspräsident ernannt werden soll.

Einst und jetzt.

Der bayerische Bauernführer Dr. Heim stellte auf einer Tagung in Würzburg schlagkräftige Vergleiche zwischen einst und jetzt an. Er führte in seiner Rede, die er mit dem von den Bauern jubelnd aufgenommenen Rufe: „Mit Gott für unser bayerisches Vaterland und für unseren König!" schloß, u. a. aus: „Einst habe man Treue bis zum Tode gelobt für gute und böse Zeiten. Heute tue man es, wie es scheine, nur für die guten Zeiten. Er habe immer treu zur Monarchie gestanden, obwohl er zu Zeiten der Monarchie für einen verkappten Demokraten gehalten worden sei. Einst hatten die Parlamente nicht genug Rückgrat gegen die Monarchen und jetzt beschäftigt sich der Reichstag mit Untersuchungskommissionen. Einst sprach man von dem „verrotteten bürokratischen Staat", heute habe das Reich 280 000 Beamte mehr. Einst hatten wir einen Militärstaat mit drückenden Steuerlasten, und heute sind Sie — steuerfrei. (Großes Gelächter.) Einst erzogen wir in den Soldaten gesunde Staatsbürger, heute ziehen die Zwanzigjährigen durch die Straßen und der Wind fällt sie, weil sie tuberkulös sind. Einst schützte Polizei unser Eigentum vor Diebstahl; heute wäre es notwendig, unser Eigentum vor dem Staate zu schützen, der Millionen zu Bettlern gemacht hat."

Zum 75. Geburtstag des Generaloberſten von Heeringen.

In bewundernswerter Rüstigkeit feiert am 9. März in Berlin der frühere preußische Kriegsminister und spätere Heerführer im Weltkrieg, Generaloberst v. Heeringen, seinen 75. Geburtstag. In Kassel als Sohn eines hohen kurhessischen Verwaltungsbeamten geboren, wurde Josias von Heeringen, der ältere Bruder des ehemaligen Chefs des Admiralstabs, im April 1867 aus dem preußischen Kadettenkorps als Fähnrich dem kurz vorher gebildeten 80. Füsilierregiment überwiesen. Als Leutnant nahm er mit Auszeichnung an dem deutsch-französischen Kriege teil und wurde in der Schlacht von Wörth schwer verwundet. Im Jahre 1909 wurde er als Nachfolger des Generals von Einem Staats- und Kriegsminister und trat im Sommer 1913, nachdem er die neue Wehrvorlage durchgeführt hatte, an die Spitze der 2. Armeeinspektion in Berlin. Im folgenden Jahre wurde er zum Generaloberſten befördert. Bei Kriegsausbruch übernahm Generaloberst v. Heeringen den Oberbefehl über die siebte Armee, die als linker Flügel des deutschen Westheeres im Oberelsaß aufgestellt wurd. Nach der Schlacht bei Mülhausen (9./10. August 1914), in der die in das Elsaß eingedrungenen Franzosen zurückgetrieben wurden, verstärkte die siebte Armee den linken Flügel der in Lothringen kämpfenden sechsten Armee und drang gegen Nancy und Epinal vor. Als nach der Marneschlacht die Franzosen in die Lücke der ersten und zweiten Armee vordrangen, wurden das Oberkommando und Teile der siebten Armee aus der Gegend von St. Dié an die Aisne befördert und leisteten vor allem am Chemin des Dames erfolgreichen Widerstand. Die neugebildete Armee blieb fortan in den tapfer verteidigten Stellungen. Generaloberst v. Heeringen wurde im August 1916 zum Oberbefehlshaber der Küstenverteidigung ernannt und trat am 16. November 1918, nach Auflösung dieses Oberkommandos, in den Ruhestand. Bei seinem 50jährigen Dienstjubiläum wurde er zum Chef der neunten Grenadiere ernannt, nachdem er schon vorher à la suite des 80. Füsilierregiments gestellt worden war. Seit dem Jahre 1919 steht Generaloberst von Heeringen, der vor kurzem seine goldene Hochzeit feiern konnte, an der Spitze des Kyffhäuserbundes der deutschen Kriegerverbände.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 7. März. Die Erörterungen der Berliner Presse über den Stand der Präsidentschaftsfrage zeichnen sich durch eine verblüffende Unorientiertheit aus. Selbst die den leitenden Persönlichkeiten auf der Rechten doch so nahestehende „D. Tageszeitung" wiederholt die Behauptung einer Nachrichtenstelle, daß die Verhandlungen der Parteien der Rechten über die Kandidatenfrage sich noch in den Anfängen befinden. Das stimmt nicht: Heute, spätestens am Montag, wird von dem Ausschuß der Parteien der Rechten die Entscheidung gefällt werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" nennt als Kandidaten der Rechten außer den Herren Jarres und Scholz noch Stegerwald, Geßler und Freiherrn von Gayl. Die Namen könnten immerhin stimmen und bei Stegerwald und Geßler liegt die Erwartung und wohl auch die Möglichkeit vor, mit diesen Männern das Zentrum und unter Umständen selbst die Deutschdemokraten zu gewinnen. Zu Anfang der Woche dürften sich dann wohl auch die Parteien der Mitte und der Linken rühren. In der „Germania" wird angekündigt, daß das Zentrum sich am Montag darüber entscheiden wolle, was es im Reiche und was es in Preußen zu tun gedenke. Eine Vertagung des Reichstages wenigstens in dem Umfange, wie sie an einigen Regierungsstellen geplant war, wird sich anscheinend nicht durchsetzen lassen. Nicht nur Sozialdemokraten und Demokraten, sondern auch die Deutsche Volkspartei sind gegen eine solche Vertagung. Man fürchtet, daß, wenn man jetzt vier Wochen lang pausiert, die Tagung sich würde über den ganzen August hinstrecken müssen. Für Montag rüsten, wie das Erfurter Tageblatt, das die K.P.D. an Stelle der verbotenen „Roten Fahne" herausgibt, mitteilt, die Kommunisten eine „große Ebert-Debatte". Sie wollen die Beratung über den Gesetzentwurf, wonach das Reich die Kosten für die Trauerfeierlichkeiten übernimmt, benutzen, um „noch einmal ihre Stellung zu Ebert darzulegen". Hoffentlich wird sich die Debatte wohltätig abkürzen lassen. Es besteht wirklich nicht das geringste Interesse, die längst bekannten Auffassungen der kommunistischen Vertreter noch einmal zu hören.

Ausland.

Brüssel, 7. März. Der Staatsanzeiger veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe die königliche Verordnung bezüglich Auflösung des Parlaments und Anberaumung der Neuwahlen auf den 5. April. Das neue Parlament wird am 28. April zusammentreten.

London, 7. März. Wie aus Blyth gemeldet wird, sind in zwei Werken in Asseution infolge des Tiefstandes des Handels 1800 Bergleute seit heute arbeitslos. 680 erhielten heute aus dem gleichen Grunde ihre Kündigung mit 14tägiger Frist.

Gegen den französischen Rhein-Seitenkanal.

Seit zwei Tagen finden in Straßburg die Verhandlungen der technischen Unterkommission der internationalen Rheinlandkommission über das Projekt eines französischen Rhein-Seitenkanals bis Straßburg und das badisch-schweizerische Regulierungsprojekt statt. Der schweizerische Präsident der Kommission vertritt, entsprechend den Anweisungen seiner Regierung, den Standpunkt, daß auf keinen Fall eine Behinderung der Schiffahrt eintreten dürfte, wie sie durch einen Seitenkanal herbeigeführt würde. Die Schweizer Delegation hofft, daß auch Holland für die Rheinregulierung sich aussprechen wird.

Zur angeblichen Oeffnung der französischen Archive.

Victor Margueritte hat in der „Ere Nouvelle" in ziemlich unbestimmter Form davon gesprochen, daß sich Herriot auf Drängen der „Liga für Menschenrechte" damit einverstanden erklärt habe, die diplomatischen Archive am Quai d'Orsay nachprüfen zu lassen, um die Kriegsursachen einwandfrei festzustellen. Wie in radikalen politischen Kreisen behauptet wird, handelt es sich um eine rein innere Angelegenheit. Herriot will das Material zusammentragen lassen, um festzustellen, ob das französische Volk über alle wichtigen diplomatischen Vorgänge durch die bis jetzt erfolgten französischen amtlichen Veröffentlichungen aufgeklärt worden sei. In gewissen Kreisen spricht man davon, daß der wieder in den diplomatischen Dienst getretene frühere Generalsekretär Philipp Bertelot mit der Leitung dieser Arbeiten betraut werden soll. Die Richtigkeit der Nachricht konnte noch nicht festgestellt werden.

Die Pariser Konferenz.

Paris, 7. März. Das wichtigste Ergebnis der Besprechungen besteht nach Herriots eigener Erklärung vor den Journalisten darin, daß auch er das Genfer Protokoll preisgibt. Ueber diese Besprechung wurde folgende offizielle Erklärung ausgegeben: **„Der englische Staatssekretär Chamberlain und der französische Ministerpräsident Herriot trafen heute nachmittag zusammen, um alle auswärtigen Probleme zu prüfen, die gegenwärtig erörtert werden, insbesondere das Problem der Sicherheit. Er erfolgte ein erster Gedankenaustausch „im Geiste vollkommener Herzlichkeit" mit dem Wunsche, praktisch gemeinsame Lösungen dieser Frage zu finden. Die beiden Minister vereinbarten, daß sie dem Gedankenaustausch politische Verhandlungen im Einvernehmen mit den übrigen Alliierten folgen lassen wollen. Chamberlain beabsichtigt, sich nach den Genfer Beratungen neuerlich in Paris aufzuhalten und mit Herriot zu konferieren."** Dieser offiziellen Aeußerung kann noch folgendes hinzugefügt werden, das sich auf Mitteilungen Herriots an die Pressevertreter stützt: Der französische Ministerpräsident sagte zwar, daß er mit Chamberlain die Vereinbarung getroffen habe, keine Erklärungen an die Presse zu geben, aber so viel wolle er doch sagen, daß in der gestrigen und heutigen Besprechung in allererster Linie die Frage des Genfer Protokolls erörtert wurde. Dabei machte Herriot das wichtige Geständnis, daß in dieser Angelegenheit nunmehr ein praktischer Weg gesucht werden solle, der aus den bisherigen Ideologien herausführen könnte. Aus dieser Erklärung Herriots gewannen alle Anwesenden sofort den Eindruck, daß er das Genfer Protokoll aufgegeben habe und daß nunmehr ein anderes Protokoll aufgesetzt werden solle, welches praktischer wäre. Herriot wurde sodann gefragt, ob man über die deutschen Sicherheitsvorschläge gesprochen habe. Er erklärte ausdrücklich, daß darauf nicht einmal eine Anspielung gemacht wurde (?), dagegen sei über die **Zulassung Deutschlands zum Völkerbund gesprochen worden. Herriot fügte hinzu: „Ich halte mich an die Note, welche ich der deutschen Regierung im Monat September v. J. zusandte, die eine Antwort auf die deutsche Denkschrift war, in der die Bedingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufgestellt waren." Herriot sagte noch, daß er auch weiterhin an dem Standpunkt festhalte, daß Deutschland keine Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund stellen dürfe.** Herriot wurde sodann gefragt, ob über Danzig und Polen gesprochen wurde. Er sagte — und diese Erklärung scheint einigermaßen bedeutungsvoll zu sein — daß Polen machen könne, was es wolle. Wenn Frankreich und England ein Sicherheitsabkommen schlössen, könne Polen dann erwägen, was es selbst tun wolle. Es könnte dann ebenfalls mit Frankreich und England wegen des Sicherheitsvertrages Verhandlungen einleiten. Herriot erklärte zum Schluß, daß es ein großes Glück sei, daß die Frage der Sicherheit neuerlich zur Erörterung gestellt sei. Seit der Konferenz von Cannes im Winter 1921 sei über das Sicherheitsproblem nicht mehr geredet worden. Jetzt aber bilde diese Frage den hauptsächlichsten Grund, über welchen die Alliierten berieten.

Macdonald gegen den Sicherheitspakt.

In einem mit der „United Preß" in London geführten Interview wandte sich Ramsay Macdonald in schärfster Form gegen den Sicherheitspakt, wie er jetzt beabsichtigt sei. Er erklärte, ein solcher Pakt würde nichts anderes bedeuten, als Krieg, der unweigerlich unsere Enkel in ein neues großes Blutbad führen würde. Eine solche Politik sei falsch, im Prinzip sowohl als in den Einzelheiten. Wenn England diesem Pakt zustimmte, dann könnte es überhaupt aufhören, von Frieden zu sprechen und gleich mit dem Bau von Luftschiffen, der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Fabrikation von Giftgasen und allen Werkzeugen zur Vernichtung beginnen. Wenn die Presse der Arbeiterpartei dem Genfer Protokoll so viel Aufmerksamkeit widme, wie den Reisekosten des Prinzen von Wales, dann würde nicht nötig sein, daß im Jahre 1960 die Kriegsdienstverweigerer ins Gefängnis geworfen werden.

England und die Räumungsfrage.

London, 7. März. Das auswärtige Amt erklärt, England wünsche, die Kölner Zone sobald als möglich zu räumen. Es wolle an Deutschland anläßlich des Kontrollberichtes keine zahlreichen Forderungen stellen, sondern lediglich konkrete Bedingungen, deren Erfüllung zur sofortigen Räumung der Kölner Zone führen würde. Dies deutet eine entgegenkommendere Politik Englands gegenüber Deutschland an.

Trauerfeier für Ebert in Washington.

In Gegenwart des Präsidenten Coolidge, des Staatssekretärs Kellogg, der Mitglieder des Kabinetts und des diplomatischen Korps fand in der Konkordia-Kirche in Washington die Trauerfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert statt. Vizepräsident Dawes benachrichtigte die deutsche Botschaft, daß er zu seinem Bedauern verhindert wäre, der Feier beizuwohnen. Er betonte, daß er besonderen Wert darauf legen würde, an der Feier teilzunehmen, weil er für Präsident Ebert großen Respekt und Bewunderung hege und beauftragte seinen Bruder, Rufus Dawes, mit seiner persönlichen Vertretung. Das diplomatische Korps war vollständig erschienen, auch der neue französische Botschafter wohnte der Feier bei. In der Oeffentlichkeit wurde daran erinnert, daß eine ähnliche Trauerfeier im Jahre 1923 in Berlin aus Anlaß des Todes von Präsident Harding stattfand.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 7. März. (Bekämpfung der Blutlaus des Apfelbaums.) Um das stärkere Auftreten der Blutlaus zu verhüten, deren Verbreitung bekanntlich ständig zunimmt, wird der obstbautreibenden Bevölkerung dringend empfohlen, in ihrem eigenen Interesse auf den Schädling zu achten und seine Bekämpfung nachhaltig durchzuführen. Die Blutlaus ist ja leicht zu erkennen an der weißen Wolle, mit der ihr Körper bedeckt ist. Außerdem macht sich ihre Anwesenheit auf den Apfelbäumen bemerkbar durch die knollenförmigen Wucherungen, die unter ihrem Einfluß an den Aesten und Zweigen entstehen. Aber auch in der Erde, am Wurzelhals der Apfelbäume findet sie sich vor. Für ihre Bekämpfung kommen folgende Maßnahmen in Betracht: 1. Vorsicht beim Bezug der jungen Bäume, man lasse sich garantieren, daß sie blutlausfrei sind. 2. Sorgfältige Pflege, vor allem Düngung der Bäume. 3. Anpflanzung solcher Apfelsorten, die in hiesiger Gegend nicht von der Blutlaus befallen werden. 4. Veredelung ständig heimgesuchter Bäume mit Sorten, die hier blutlausfrei bleiben. 5. Ausschneiden der Wunden und Bestreichen mit Teer oder Baumwachs. 6. Bestreichen der befallenen Stellen im Sommer mit Harzölseife (ein Liter zu zehn Liter Wasser) oder mit Leinöl, im Winter mit wasserlöslichem Obstbaumkarbolineum (1,5 Liter auf zehn Liter Wasser). Diese Flüssigkeiten sind gründlich mittels eines steifborstigen Pinsels in die Wunden einzureiben. Wo eine Wasserleitung vorhanden, können die Läuse auch mit starkem Strahl abgespritzt werden. 7. Die am Wurzelhals sitzenden Läuse werden durch Bestreuen mit Tabakstaub unschädlich gemacht. Dazu muß die Erde weggeräumt und nachher wieder beigezogen werden.

Neuenbürg, 9. März. Ernst ist heute vormittag Schneefall eingetreten, doch nicht in ausgiebigem Maße. Bei milderer Temperatur und Sonnenschein schmilzt der Schnee rasch dahin.

(Wetterbericht.) Ausläufer des nordöstlichen Tiefdruckgebietes beherrschen immer noch die Wetterlage und lassen für Dienstag und Mittwoch vielfach bedecktes und auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter erwarten.

Schömberg, 4. März. Mit reichhaltigem Programm hielt am Sonntag den 22. Februar der Bezirksverein Schömberg des Württ. Schwarzwaldvereins seinen diesjährigen Familienabend ab, der als wohlgelungen bezeichnet werden darf. Alle Kraft war aufgeboten, um den Besuchern etwas Gutes zu bieten. Im Mittelpunkt des Abends stand das glänzende Lustspiel von Fr. Th. Vischer: „Nicht ja"; an und für sich ein feines Stück und dazu in sämtlichen Rollen vorzüglich gespielt. Die wirklich fein vorgetragene Humoreske, „Das Verlobungsständchen", rief verschiedene Lachsalven hervor. Sehr viel Beifall fanden die schönen Volkstänze, von sechs Paaren vorgeführt. Wirklich etwas Erhebendes, so etwas ganz anderes, viel feineres, als die modernen Tänze. Auch für Sangesfreunde war gesorgt. Der Gesangverein Germania hatte die Liebenswürdigkeit, einige Männerchöre vorzutragen. Außerdem war auch Musik zur Stelle. Sein richtiges Gepräge: „Natur und Wandern", bekam der Abend durch die guten, markanten Worte des Herrn Vorsitzenden Stark. Er sprach sich über den Wert des Schwarzwaldvereins aus und forderte die Anwesenden zur eifrigen Pflege der Heimatliebe, sowie zum Erwandern der lieben und schönen Heimat auf.

Württemberg.

Stuttgart, 7. März. (Beleidigung des Staatspräsidenten.) Vor dem Schöffengericht hatte sich Redakteur Schlenker wegen Veröffentlichung eines Artikels „Der pflichttreue Verwaltungsbeamte Bazille" in der „Schwäb. Tagwacht" vom 19. Juni 1923 zu verantworten. In dem Artikel wurden so schwere Beleidigungen erblickt, daß der Staatsanwalt als Sühne eine Gefängnisstrafe von vier Monaten beantragte. Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis.

Stuttgart, 7. März. (Fehlhalten von Obst durch die Hilfsbetriebe (Verkaufsstände usw.) der Reichsbahn-Gesellschaft.) Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, auf die der Absatz von einheimischem Obst der Ernte 1924 stößt, hat die Reichsbahndirektion Stuttgart den Pächtern ihrer Hilfsbetriebe (Verkaufsstände, Läden, Erfrischungsstellen, Bahnwirtschaften) zur Pflicht gemacht, sich den Verkauf einheimischen Obstes besonders angelegen sein zu lassen. Die Dienststellen wurden angewiesen, sofern geeignete Bezugsquellen am Platze nicht vorhanden sind, den Pächtern wegen des Bezugs des Obstes von einheimischen Züchtern oder Genossenschaften an die Hand zu gehen.

Stuttgart, 7. März. (Postscheckverkehr in Württemberg im Februar 1925.) Zahl der Postscheckkunden Ende Februar 32331, gegen Januar mehr 248. Von dem Umsatz (340 Millionen Mark) sind 286 Mill. Mark bargeldlos beglichen worden.

Stuttgart, 7. März. (Kindstötung.) Das Schwurgericht hat die ledige Köchin Maria Stahl von Waltersberg, Gemeinde Bieringen, wegen Kindstötung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Sie hatte anfangs Februar in der Hasenbergstraße ihr uneheliches Kind mit einem Hutband erdrosselt.

Stuttgart, 7. März. (Tötung des eigenen Bruders.) Das Schwurgericht hat den 22 Jahre alten Schreiner Max Spreng von Stuttgart wegen Totschlags des eigenen Bruders zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Anfangs Februar war der Angeklagte wegen seines schlechten Lebenswandels von dem älteren Bruder zur Rede gestellt worden. Max Spreng zog eine Browning-Pistole und gab auf den Bruder zwei Schüsse ab, die diesen so schwer verletzten, daß er bald darauf starb. Der Getötete war Familienvater und hatte vier Kinder. Der Angeklagte hatte zu seiner Verteidigung Notwehr geltend gemacht, die indessen vom Gericht nicht anerkannt wurde.

Neuhausen a. F., 7. März. (Aufgehobener Beschluß). In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der vor drei Jahren gefaßte Beschluß, die Gemeinde dem Amtsoberamt Stuttgart zuzuteilen, wieder aufgehoben.

Tübingen, 7. März. (Seltene Jagdbeute.) Im Revier des Forstamts Einsiedel wurde ein Wildschwein im Gewicht von 288 Pfd. geschossen.

Tübingen, 8. März. (Freigesprochen.) Das erweiterte Schöffengericht hat den Polizeidiener und Glaser Theodor Oswald in Mittelstadt, OA. Urach, von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Oswald hatte im Oktober vor. Js. den Farrenwärter Klemens Schenk aus Notwehr erschossen.

Urach, 8. März. (Krankenhauserweiterung.) Das hiesige Bezirkskrankenhaus war den großen Anforderungen nicht mehr gewachsen, weshalb der Bezirksrat beschloß, einen Erweiterungsbau zu erstellen. Bei der Vergebung sind größtenteils die hiesigen Handwerker berücksichtigt worden. Das mindeste Angebot für die zu vergebenden Arbeiten war 80 000 Mk., das Höchstangebot 132000 Mk.; die Differenz beträgt somit 52000 Mark. An den Eisenbetonarbeiten ist eine Stuttgarter Firma beteiligt.

Schorndorf, 7. März. (Glück im Stall.) Ein Landwirt in Unterurbach hatte in seinem Stall das seltene Glück zu verzeichnen, daß er vom einer Ziege vier lebende Kitzlein erhielt.

Aspreg, 8. März. (Tragischer Tod.) Der 21 Jahre alte Sohn Joseph der Witwe Weißert bediente an einem Neubau der Firma Stolz & Cie. in Korntal-Heim die Betonmischmaschine. Am Morgen wollte er die laufende Maschine säen und wurde dabei von der Transmission erfaßt. Schwer verletzt wurde er ins Bezirkskrankenhaus Ludwigsburg verbracht. Der rechte Arm war dem Verunglückten vom Leibe getrennt. Daneben zeigte die rechte Körperseite noch sonstige Schürfungen und Verletzungen, die den baldigen Tod zur Folge hatten.

Heilbronn, 8. März. (Durchgebrannt.) Der 38 Jahre alte ungeprüfte Verwaltungsmann Friedrich Hebbel von der Bezirksfürsorgestelle ist mit 8000 Mark durchgebrannt. Hebbel sollte letzten Montag auf der Oberamtssparkasse 8000 Mark in kleinen Scheinen, die zu Auszahlungen an Fürsorgebedürftige bestimmt waren, abheben. Da die Oberamtssparkasse in diesem Betrag nicht so viel kleine Scheine hatte, bekam er einen Scheck auf die Handels- und Gewerbebank, mit dem er die Summe dann in großen Scheinen abhob. Hebbel ist dann nachmittags nicht mehr zum Dienst erschienen, worauf der Vorstand der Bezirksfürsorgestelle die Behörden benachrichtigte.

Neckargartach, OA. Heilbronn, 8. März. (Kindsmord.) Die 18 Jahre alte ledige Fabrikarbeiterin Emma Vogel hat auf dem Abort ihrer elterlichen Wohnung heimlich geboren und das Kind sofort in die Abortgrube geworfen. Am Morgen ging sie, ohne ihren Eltern von dem Vorgefallenen etwas zu sagen, in ihre Arbeitsstätte nach Heilbronn und arbeitete dort wie jeden Tag. Erst beim Richten des Zimmers bemerkte die Mutter, daß etwas vorgefallen sein mußte und holte ihre Tochter nach Hause. Sie gab der Mutter zunächst an, auf dem Abort von der Geburt überrascht worden zu sein, wobei ihr das Kind ohne ihren Willen in die Grube fiel. Die Kriminalpolizei, die von der Sache Kenntnis erhielt, stellte an Hand der Tatsachen fest, daß diese Schilderung nicht der Wahrheit entsprechen konnte, nahm die Kindsmutter fest und veranlaßte ihre Ueberführung ins Krankenhaus Heilbronn, wo sie ein volles Geständnis abgelegt hat.

Weinsberg, 7. März. (Zeitungsjubiläum.) Die Weinsberger Zeitung hat aus Anlaß ihres fünfzigjährigen Bestehens eine Festnummer herausgegeben, die außer einem einleitenden Aufsatz ihres Schriftleiters Johannes Klein über die Geschichte des Blattes einen Widmungsartikel von Hans Reyhing, einen Aufsatz von H. Pfisterer über den Kulturwert eines Bezirksblattes und einen Aufsatz von Professor Dr. Richard Meißner über die Entwicklung Weinsbergs in den letzten fünfzig Jahren, sowie zahlreiche Beiträge lokalgeschichtlicher Art über verschiedene Bezirksorte enthält. Professor Meißner teilt u. a. ein Gedicht mit, das Stadtrat Wilhelm Erath auf ein 3000 Liter haltendes Faß geschrieben hat:

Die Sintflut kommt, die Welt ersauft,
So sprachen die Heidenfürsten,
Und tranken die Weine ungetauft
Mit heidenmäßigen Dürsten.

Tettnang, 7. März. (Ertrunken.) Vom Unglück verfolgt ist die Familie Hellig in Wattenweiler, Gde Ettenkirch. Vor drei Jahren verlor sie ein dreijähriges Kind durch Ertrinken und jetzt ein fünfjähriges Mädchen; es kam unter eine umstürzende Kleiderkruhe und war in wenigen Minuten eine Leiche.

Vom Oberland, 7. März. (Trostlose Postverhältnisse.) Wie trostlos die Postverhältnisse im Oberland sind, zeigte sich wieder in grellstem Lichte beim Tode des Reichspräsidenten Ebert. Die Todesnachricht kam an die Postämter um die Mittagszeit. Da war aber der Landpostbote schon längst von seinem Postamte nach den postlosen Landgemeinden abgegangen. Das Postamt war nicht verpflichtet, wenigstens an die öffentlichen Sprechstellen der Landgemeinden die Todesnachricht weiter zu geben, deshalb unterblieb diese Mitteilung. Die auf dem Postamt am Samstag Nachmittag eingehenden Flugblätter und Sonderausgaben der Zeitungen blieben auf dem Postamt bis Montag ruhig liegen. Am Montag vormittags etwa 8—9 Uhr kam dann der Landpostbote wieder auf das Postamt und trug die „allerneuesten" Nachricht vom Tod des Reichspräsidenten in die Landgemeinden hinaus und am Montag mittags oder nachmittags konnte der ehrsame deutsche Bürger die Todesnachricht seines Reichspräsidenten aus der Zeitung erfahren. Köstlich war es für den überraschten deutschen Bürgers, daß er auf der zweiten Seite des Blattes bereits die Stimmen des Auslands zum Todesfall lesen konnte. Also von Amerika, China, Japan, Hinterindien war schon die Teilnahme da, ehe Tausende von deutschen Bürgern auch nur die Todesnachricht erhalten hatten.

Ellwangen, 7. März. (Strafkammer.) Eine für Wirte wichtige Entscheidung fällte die Strafkammer. Ein Wirt gab in den monatlichen Getränkesteuererklärungen den Preis des in seiner Wirtschaft verkauften Bieres nicht übereinstimmend mit dem in der Wirtschaft angeschlagenen Preis an, sondern niederer, indem er den beim Einschänken und Straßenschank entstehenden Ausfall an der Menge durch entsprechende Kalkulation des Gesamterlöses hereinzubringen suchte. Die Steuerbehörde beanstandete diese Preisregulierung, indem sie auf den Wert der Getränkesteuerordnung hinwies, wonach der Kleinhandelspreis, der jeweils in Rechnung gestellt werde, angegeben und die Menge, die im Straßenschank unentgeltlich abgegeben werde, mitversteuert werden müsse. Der Wirt beharrt gegenüber der Auffassung der Steuerbehörde seine eigene. Das Oberamt erließ einen Strafbescheid. Der Wirt beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Amtsgericht Ellwangen sprach den Angeklagten frei, indem es feststellte, die Auslegung der Getränkesteuerordnung durch den Angeklagten sei zwar unrichtig, beruhe aber auf unverschuldetem Irrtum, weil der Angeklagte seine von der Steuerbehörde abweichende Ansicht mit guten Gründen vertreten könne. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten, da seine Auslegung der Getränkesteuerordnung irrig und sein Irrtum angesichts der Erklärung der Steuerbehörde kein unverschuldeter sei.

Baden.

Donaueschingen, 7. März. Gestern früh 6 Uhr ließ sich bei der Brigachbrücke der verheiratete, etwa 50jährige Hofgartenarbeiter Martin Kleiser vom Zuge überfahren und war sofort tot. Der Unglückliche ist von Aufen gebürtig. Er legte seinen Hut, Rock und Geldtasche beiseite und warf sich unter den von Villingen heranbrausenden Zug, sodaß er unterhalb des Brustkorbes entzweigeschnitten wurde. Was den Bedauernswerten zu diesem Schritt veranlaßte, ist nicht bekannt. Der Familie des Kleiser wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Vermischtes.

Eine Amazone. In Kempten kam es in einer Wirtschaft in der Altstadt zu einer schweren Rauferei, wobei ein Arbeiter von einer Frauensperson einen Messerstich in die Brust erhielt. Das Messer drang zehn Zentimeter tief ein. Der Verwundete wurde ins Spital verbracht. Die Verletzung soll nicht lebensgefährlich sein. Die Täterin wurde festgenommen. — Frauen als Messerstecherinnen, das paßt in unsere Zeit.

Vorläufig keine Bierpreiserhöhung. Die in München abgehaltene Tagung des Deutschen Brauerbundes kam trotz der stark gestiegenen Getreidepreise zu dem Beschluß, von einer Heraufsetzung der Bierpreise vorläufig abzusehen.

„So eine Gemeinheit". Wenn ein „richtiger" Bayer in Harnisch kommt, dann sagt man im Norden gern, daß „die

Frauenhaß.

Geschichtliche Erzählung aus dem 15. Jahrhundert
von Felix Rabor.

60) (Nachdruck verboten.)

Aber die Söldner, die in ihrem Zorn eine vorzügliche Beute ahnten, hörten nicht auf ihn. Sie drangen insgesamt auf ihn und seine Begleiter ein und fielen den Pferden der Gräfin Württemberg und ihrem Begeiter in die Zügel, um sie nicht entkommen zu lassen. „Die Beute ist unser!" rief der Hause. „Und unser Feind ist, der versucht, sie uns zu entreißen."

Wöllwarth machte vergebliche Anstrengungen, sein Pferd los zu bekommen, allein der Angreifer waren so viele, daß es ihm nicht gelang. „Wir ergeben uns an keine Knechte!" rief er mit schallender Stimme und ließ sein Pferd grimmig unter die Söldner fliegen. „Holt eure Beute, wo ihrs vermögt!"

„Hah, große Sprüche!" rief ein Söldner. „Euch wollen wir nicht zum Gefangenen machen, alter Brummbär. Aber die feine Taube da auf dem weißen Zelter verspricht ein schönes Lösegeld. Wenn Ihr aber auch ein Ritter seid und wir nur Knechte, was schadet das? Ihr könnt so gut vom Pferde gehauen werden, wie ein reisiger Knappe. Gebt einmal acht!"

Damit führte der Sprecher dieser Worte einen so gewaltigen Hieb nach dem alten Wöllwarth, daß dieser im Sattel wankte und bewußtlos vom Pferde fiel.

Ein lautes Freudengeschrei der Söldner belohnte diese Heldentat; sie drangen in hellen Haufen auf den Bewußtlosen und auf Henriette ein. „Schlagt sie tot, fecht sie nieder!" rief es durcheinander, und die Schwerter blitzten und fuhren auf die Württembergischen los. Jetzt wäre es wohl um die Gräfin und ihre Begleiter geschehen gewesen, wenn nicht Walter Hilfe geschafft hätte.

„Wollen wir den Mord dulden?" rief er seinen Begleitern zu und streckte einen der Söldner nieder. „Auf die Mordbuben, daß die Funken stieben!"

Mit mächtigen Streichen drang er auf die Söldner ein; auch seine Begleiter griffen wacker an, nachdem sie erkannt hatten, daß es den Söldnern nicht um ehrliches Gefecht, sondern mehr um Raub und Mord zu tun war. Rechts und links stoben die Gesellen auseinander und bald war das Feld von ihnen rein.

Nun sprang Walter vom Pferde, um dem bewußtlosen Wöllwarth zu Hilfe zu eilen; dieser hatte eine schwere Wunde, doch kehrte allmählich das Bewußtsein zurück.

„Dank Euch!" sprach der alte Ritter, „Ihr seid ein edler Mann. Sagt mir Euren Namen, damit ich weiß, wem ich meine Rettung zu danken habe."

Die Württembergischen hatten wohl den Ritter von Staufeneck nicht erkannt; denn er trug eine ganz einfache Rüstung ohne jegliches Abzeichen.

Walter schüttelte auf die Aufforderung hin das Haupt und sagte leise, so daß seine Stimme nicht erkannt wurde: „Es war Ritterpflicht, weiter nichts!"

Auch die Gräfin Henriette, vor Schrecken noch ganz bleich — denn sie hatte den Tod vor Augen gesehen — trat zu Walter und sagte: „Seid Ihr, wer Ihr wollt! Ich achte Euer Schweigen. Die Ritter der Zollernburg scheinen heute absichtlich alle gleiche Rüstung zu tragen, sodaß ich Euch nicht erkennen kann, wenn ich Euch auch schon früher gesehen hätte. Aber wäret Ihr auch Graf Friedrich selbst, kommt Ihr einmal an meinen Hof nach Stuttgart und habt eine Bitte an mich, die zu erfüllen in meiner Kraft steht, so ist sie, ich gebe Euch mein fürstliches Wort darauf, schon so gut als erfüllt."

Von ferne nahte ein starker Trupp Reiter, die der Gräfin zu Hilfe kamen. „Zu Pferde, ihr Herren!" rief der junge Geroldseck, „ihr möchtet sonst leicht gefangen werden, was uns nicht lieb wäre, nachdem wir euch das Leben zu danken haben."

„Halt!" sprach Wöllwarth, der wieder zu Pferde saß, indem er sein Pferd Walter näherte, „nehmt das Wertvollste, was der alte Wöllwarth hat, diese Kette, als Zeichen meiner Dankbarkeit und als freundliche Erinnerung an mich." Damit nahm er die goldene Kette, die ihm die Gräfin Henriette geschenkt hatte, von seiner Brust und reichte sie Walter. „Verzeiht, edle Gräfin", wandte er sich an diese, „daß ich Euer teures Geschenk wieder von mir gebe. Aber ich denke, die edle Tat ist solchen Lohnes würdig."

„Ihr tatet recht!" sprach die Gräfin beistimmend.

Walter hatte kein Wort gesprochen, um sich nicht zu verraten. Es war ihm auch gelungen, die Gräfin und den alten Wöllwarth im Ungewissen über seine Person zu lassen. Der junge Geroldseck aber schien ihn erkannt zu haben; er trat nahe zu ihm heran und sprach leise, daß es die übrigen nicht hören konnten: „Ich glaube, Euch erkannt zu haben, obgleich Ihr keine blau und weiß gestickte Schärpe tragt. Rechnet aber trotzdem auf meine Verschwiegenheit. Ich bitte Euch, einen Auftrag zu übernehmen, den mir ein schönes Fräulein am Stuttgarter Hof erteilt hat. Wollt die Güte haben und dieses Briefchen dem Ritter von Staufeneck, den Ihr ja wohl kennen werdet, übermitteln. Zugleich wollt Ihr ihm sagen, daß ich seine Herausforderung erhalten habe, daß er sich aber wohl geirrt haben wird..." Damit schwang er sich rasch auf sein Pferd und eilte der Gräfin nach.

Walter hielt den schmalen Papierstreifen, den ihm der Ritter von Geroldseck gegeben hatte, immer noch in der Hand. Endlich heftete sein Auge darauf und las die wenigen Zeilen. „Hütet Euch", schrieb Berta, „Ihr habt einen Verräter unter den Eurigen, der zugleich Euer grimmigster Feind ist. Es ist derselbe Ritter, den der Graf von Zollern nach Stuttgart gesandt hat, um mit der Gräfin von Württemberg zu unterhandeln. Er will den Grafen und die Burg mit ihrer ganzen Besatzung den Württembergern überliefern; seinen Namen kenne ich nicht."

„Aber ich kenne ihn!" rief Walter, „und beim Himmel, sein Verrat soll bestraft werden. Das Licht war also das verabredete Zeichen zwischen ihm und den Württembergern! Nun, ich finde ihn und wahrlich, mein Schwert wird dann auch sicher treffen."

Nun war, so meinte er, sicher alles verloren; vielleicht war Graf Friedrich zu dieser Stunde schon in den Händen seiner Feinde. Wie ein Blitz zuckte dieser Gedanke durch seine Seele. „Folgt mir!" rief er seinen erstaunten Begleitern zu. Er drückte seinem Rosse die Sporen ein, daß es in rasendem Laufe davonschoß, der Stelle zu, wo der unterirdische Gang mündete. Seine Begleiter vermochten ihm kaum zu folgen.

Als er um eine Waldecke bog, von der aus man die Gegend weithin übersehen konnte, sprengte ihm ein Reiter mit verhängten Zügeln entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

bayerische Bierseele kocht". Es ist etwas Wahres dran. Treffe ich da einen alten Bekannten, der nicht gerade zu den temperamentvollsten seines Stammes gehört. Die übliche Frage an den Zeitungsmenschen: „No, was gibts Neu's?" „Die Reichspräsidentenwahl ist wahrscheinlich am 26. April." — „Soob!" „Der Botschafterrat ist wegen des Militärkontrollberichts einberufen worden." „Hm, hm!" „Die Biersteuer wird verdoppelt!" „Was ham S' da gsagt? So eine Gemeinheit! Ja, da hört si doch scho alles auf! Wissens denn gar nix Dümmers mehr? Ja, i' sags ja. So eine Gemeinheit!" Die Regierung will . . . „Geh, hörn S' auf, jetzt interessiert mi scho' nix mehr a! So eine Gemeinheit!"

Das letzte Opfer der Dortmunder Grubenkatastrophe geborgen. Erst Donnerstag vormittag konnte das letzte Opfer der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Minister Stein" geborgen werden. Die feierliche Beerdigung fand gestern nachmittag auf dem Nordfriedhof in Dortmund statt.

Sechs Jahre Zuchthaus für Helfrich. Im Prozeß gegen den ehemaligen Bürgermeister und Separatist Martin Helfrich von Münchweiler, der bekanntlich am 20. Januar 1925 im Verlaufe eines Wortwechsels den Schmied Waldle erschossen und einen anderen Münchweiler Bürger schwer verletzt hatte, beantragte der Staatsanwalt wegen Totschlags sieben Jahre und wegen Totschlagsversuchs drei Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Das heute mittag gefällte Urteil lautet zusammenfassend auf sechs Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust.

Handel und Verkehr.

Schweinemärkte. Blaufelden: Zufuhr 125 Milchschweine Alles verkauft zum Paarpreis von 50—70 Mk. Handel lebhaft. — Crailsheim: Zufuhr 13 Läufer- und 554 Milchschweine. Preis pro Paar Läufer 90—150, Milchschweine 50—73 Mk. Handel lebhaft. — Mergentheim: Zufuhr 128 Milchschweine. Preis pro Paar 60—80 Mk. — Nürtingen: Zufuhr 3 Läufer (verkauft 2) und 43 (19) Milchschweine. Erstere kosteten 60, letztere 27—38 Mk pro Stück. — Rosenfeld: Zufuhr 134 Milchschweine. Preis pro Paar 50—85 Mk. — Herbertingen: Zufuhr 2 Mutterschweine und 97 Ferkel. Ein Mutterschwein kostete 200 Mk., ein Ferkel 30 bis 36 Mark.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 8. März. In dem Prozeß wegen Beleidigung des Staatspräsidenten Bazille, der, wie bereits gemeldet, mit der Verurteilung des Redakteurs Schlenker von der „Schwäb. Tagwacht" zu zwei Monaten Gefängnis endigte, war auch der Redakteur und Landtagsabgeordnete Dr. Schumacher angeklagt. Es handelte sich um Artikel aus dem Jahre 1923 mit schärfsten Ausfällen gegen den Reichstagsabgeordneten Bazille. Da die Angeklagten zur Verhandlung nicht erschienen waren, erließ das Gericht gegen beide einen Vorführungsbefehl. Derjenige gegen Dr. Schumacher konnte indessen nicht vollstreckt werden, weil er abwesend war und außerdem die Genehmigung des Landtags erforderlich ist. Das Verfahren gegen Dr. Schumacher wurde abgetrennt. Gegen ihn wird später verhandelt, falls er sich bereit erklärt, auf den Schutz der Immunität zu verzichten.

Stuttgart, 8. März. Auf telegraphische Anweisung des Reichsgerichts wurde der bayerische Kommunist Thunig aus der Haft entlassen. Die bayerischen Abgeordneten Schlaffer und Götz befinden sich noch in Haft.

München, 7. März. Der sozialdemokratische Verein München, die Gewerkschaften und das Reichsbanner Schwarz-rot-gold veranstalteten am Samstag abend in der Tonhalle eine Trauergedenkfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. Feierliches Orgelspiel und ein Massenchor des Arbeitersängerbundes leiteten die Feier ein, an der auch Mitglieder der sozialdemokratischen Landtags- und Stadtratsfraktion teilnahmen. Die Gedenkrede hielt der Arbeitersekretär Franz Schmitt, der ein Lebensbild des verstorbenen Reichspräsidenten zeichnete. Die Saat, die Ebert ausgestreut habe, sei auf fruchtbaren Boden gefallen und die Sozialdemokraten gäben das Gelöbnis ab, das Erbe Eberts zu schützen. Nach der Trauerfeier versammelten sich die Teilnehmer zu einem Trauerfackelzug, der mit vielen Fahnen und etwa 2500 Fackeln gegen ½9 Uhr an der Bavaria eintraf. Feierlich klang der Gesang „Ein Sohn des Vaterlandes" durch die nächtliche Stille. Nachdem das Lied verklungen war, wurden die Fackeln zusammengeworfen. An dem Fackelzug nahmen schätzungsweise 15 000 Personen teil. Im letzten Augenblick war die Benutzung der Freitreppe zur Bavaria zur Aufstellung der Sänger und der Bannerträger des Reichsbanners Schwarz-rot-gold von der Krongutsverwaltung verboten worden. Der Platz war daher von Landespolizei abgesperrt. Nach dem Absingen eines Liedes durch das Arbeitersängerkartell und Zusammenwerfen der Fackeln wurden noch zwei kurze Ansprachen gehalten, die in einem Schwur der Treue zur deutschen Republik ausklangen.

Köln, 8. März. In einer Rede auf dem hier abgehaltenen rheinischen Parteitag der deutschnationalen Volkspartei erklärte Abgeordneter Hergt, daß die Nachricht über eine Einigung der Reichsparteien hinsichtlich der Nominierung eines Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl den Tatsachen vorauseilt. Bisher habe sich die Bayerische Volkspartei, auf deren Mitwirkung man großen Wert lege, noch nicht entschieden, sodaß die Entscheidung noch bis Mitte der nächsten Woche auf sich warten lassen werde.

Berlin, 8. März. Beim Reichskanzler Dr. Luther ist folgendes Telegramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eingegangen: Die durch Telegramm vom 3. März übermittelten guten Wünsche der deutschen Regierung und des deutschen Volkes für die Wohlfahrt des amerikanischen Volkes und für meine Amtstätigkeit haben mir große Freude bereitet. Es ist mir ein Vergnügen, meinen wärmsten Dank für Ihre freundliche Botschaft zum Ausdruck zu bringen. Gez. Calvin Coolidge.

Berlin, 8. März. Das Büro des Generalagenten für die Entschädigungszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die Eingänge und Zahlungen seit der Aufnahme der Tätigkeit des Generalagenten bis zum 28. Februar 1925. Darnach betragen die Gesamteinnahmen 579,91 Millionen Mark, wovon 469,68 aus dem Ertrag der deutschen Anleihe und 100 Millionen aus den Zinszahlungen für die Eisenbahnobligationen stammen. An Gesamtzahlungen sind 463,69 Millionen geleistet, davon u. a. 197,48 an Frankreich, 106,84 an Großbritannien, 45,16 an Belgien, 37,19 an Italien, 14,94 an Südslawien, 29,13 für den Dienst der Anleihe. Der Rest von 116,21 Millionen verblieb bei der Reichsbank an Kassenbestand.

Berlin, 7. März. Bei der Abstimmung über den sozialdemokr. Antrag betr. das Schankstättengesetz stimmten von den württembergischen Abgeordneten mit Ja: Dr. Heuß (DD.), Hildenbrand (S.), Keil (S.) und Roßmann (S.); mit Nein: Bilches (D.V.), Groß (Z.), Haag (DN.), Körner (DN.), Stiller (DN) und Wieland (DD.). Für den Antrag Strohtmann (DN.), der einen weiteren Schutz der Jugendlichen vor den Gefahren des Alkohols und eine Reform des Konzessionswesens im Gastgewerbe fordert, stimmten: Bilches (D.V.), Groß (Z.), Heuß (DD.), Wieland (DD.), Hildenbrand (S.), Keil (S.) und Roßmann (S.). Gegen diesen Antrag: Haag (DN.), Körner (DN.) und Stiller (DN.). Gefehlt haben: Bazille (DN), Bolz (Z.), Andre (Z.), Fellmayr (Z.), Frhr. v. Stauffenberg (DN.), Remmele (K.) und Schliche (S.).

Paris, 7. März. Das Kriegsgericht in Orleans hat nunmehr bestimmt, daß gegen den ehemaligen französischen Hauptmann Sadoul, der aus Moskau zurückgekehrt ist, und wegen Desertion vor dem Feind zum Tode verurteilt worden war, am 31. März neu verhandelt werden wird. Für den Prozeß sind zehn Tage vorgesehen.

London, 8. März. Das Endergebnis der Londoner Stadtratswahlen liegt nunmehr vor. Die städtischen Reformisten (Konservative) erhalten 83, die Arbeiterpartei erhält 35 und die Progressisten erhalten sechs Sitze.

London, 8. März. In der deutschen evangelischen Christuskirche, sowie in der deutschen katholischen Bonifazius-Kirche in London fanden heute eindrucksvolle Trauerfeiern für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert statt. Bei der Feier in der Christuskirche hoben der König, Premierminister Baldwin und der Staatssekretär des Aeußeren, Chamberlain, sich vertreten lassen. Fast sämtliche Vertreter der fremden Mächte, sowie der deutsche Botschafter mit den Mitgliedern der Botschaft wohnten der Feier bei. Zu der Trauerfeier in der Bonifazius-Kirche war Graf Bernstorff als Vertreter des deutschen Botschafters erschienen. Auch in anderen deutschen Kirchen Londons fanden Trauerfeiern statt.

Sofia, 8. März. Der Mord an dem kommunistischen Abgeordneten Stojanoff gab der Kammer gestern Gelegenheit zu einer Kundgebung, in der sie alle Akte von Gewalt einstimmig mißbilligte. Justizminister Bobotschewski erklärte, daß sich der Mörder in der Hand der Polizei befinde und daß er der gerechten Strafe nicht entgehen werde. — Der Mörder ist ein junger Mann namens Rozoiaroff, der aus Mazedonien stammt.

Schmutzige Geschichten.

Saarbrücken, 8. März. Die „Saarbrücker Landeszeitung" berichtet, daß der elsässische Spirituosenhändler Alphonso Schick die ganzen vom Reich dem Saargebiet zugestandenen Einfuhrkontingente von jährlich 12 000 Hektoliter reinen Alkoholweindestillats an sich brachte, daß er aus Weinschlempe und Sprit ein minderwertiges Erzeugnis herstellte und dieses mit Ursprungszeugnissen der hiesigen Handelskammer in das Gebiet der deutschen Monopolverwaltung zollfrei einführte. Durch diese Zollhinterziehung sei das Reich um Millionen Goldmark geschädigt worden. Schick soll ferner sich für seine bei Einführung des neuen Branntweinsteuergesetzes lagernden zirka 800 000 Liter reinen Alkohols der Nachsteuerung entzogen haben, wodurch das Saargebiet einen Schaden von zirka 5½ Millionen Franken erlitten habe. Der bisherige Syndikus der deutschen Handelskammer, Dr. Schlenker, habe als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Schickschen Spirituosen-Konzerns unbedenklich in den Ursprungszeugnissen die Schickschen Falschungen als reines Weindestillat beglaubigt. Ferner seien Regierungsrat Dr. Hohlfeld von der Finanzabteilung und Geheimrat Brill mitbelastet. Zum Schluß sagt die „Landeszeitung": **Wir wissen bestimmt, und können es jederzeit belegen, daß auch Rosult Kenntnis wenigstens von einem Teil des Falles Schick hatte.**

Die Lage im Eisenbahnerstreik.

Berlin, 9. März. Ueber die Lage im Eisenbahnerkonflikt berichten die Blätter, daß die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen beschlossen, nachdem die Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion abgebrochen wurden, eine gemeinschaftliche Erklärung abzugeben, durch die der Streik in den Bezirken, die bereits in den Ausstand getreten sind, also hauptsächlich in Sachsen, anerkannt werde, in der im übrigen aber die Arbeiterschaft vor weiteren Arbeitsniederlegungen gewarnt werde, bis in den für Montag angesetzten Gewerkschaftsbesprechungen näheres vereinbart worden sei. Die Blätter melden weiter, daß sich der Streik nunmehr auch auf sämtliche Berliner Güterbahnhöfe ausgedehnt habe. Alle Eisenbahnarbeiter, die im Güterverkehr beschäftigt seien, seien in den Ausstand getreten. Es handele sich um insgesamt 3000 Arbeiter. Ueber die Stellungnahme der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten wird mitgeteilt, daß im Laufe des Montag im Zusammenhang mit Beratungen, die von sämtlichen Verbänden untereinander geführt werden sollen und an denen die Reichsgewerkschaft auch teilnehmen werde, eine Klärung erfolgen solle.

Berlin, 8. März. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Die Behauptung, daß die deutsche Reichsbahngesellschaft die Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichspräsidenten untersagte, ist eine tendenziöse Entstellung. Am Tage der Trauerfeierlichkeiten in Berlin war für das Berliner Eisenbahnpersonal von 1 Uhr mittags an Gelegenheit gegeben, an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen. In weitgehendstem Maße hat sich das deutsche Eisenbahnpersonal nicht nur in Berlin, sondern an allen Orten Deutschlands an der Trauerkundgebung aktiv beteiligt, wie jeder Teilnehmer an der Trauerkundgebung zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten bestätigen kann. Für die zur Stunde der Beisetzung angeregte Verkehrs- und Betriebspause konnte die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft aus Betriebs- und Sicherheitsgründen nicht stimmen. Auch wurde bereits betont, daß Arbeiter, die sich an einzelnen wenigen Stellen trotzdem an der Betriebspause beteiligten, einen finanziellen und wirtschaftlichen Schaden nicht erleiden. Es bedeutet eine Verschiebung der Sachlage, wenn dieses Moment in den Vordergrund geschoben wird, um ein Verschulden der Reichsbahn an der Streikbewegung zu konstruieren.

Die Reichspräsidentschaftskandidaten.

Berlin, 8. März. Die „Tägliche Rundschau" meldet: Nachdem der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei gestern mittag in Berlin getagt hatte und sich einstimmig für die Wahl des ehemaligen Reichsministers des Innern Dr. Jarres entschieden hat, ist Dr. Jarres auch von den anderen Parteien als der gemeinsame Kandidat für die Reichspräsidentschaft angenommen worden.

Die Meldung der „Täglichen Rundschau" eilt den Ereignissen wohl ein wenig voraus. Vor allem kann es sich nicht um die anderen Parteien handeln, wenn von der Zustimmung zu der Kandidatur Jarres gesprochen wird, sondern nur um die anderen Parteien rechts des Zentrums. Der Stand der Dinge geht aus nachstehender Meldung hervor, die am Samstag nachmittag ausgegeben wurde: Der in der Presse schon erwähnte Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten, der sich aus Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der in Betracht kommenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen zusammensetzt, hat Samstag nachmittag eine Beratung gehalten, in der die Verhandlungen über eine gemeinsame Kandidatur so weit gefördert wurden, daß den Instanzen der Parteien und Organisationen ein einstimmiger Vorschlag unterbreitet worden ist. Mit den bisher nicht beteiligten Parteien oder Organisationen wird über den Vorschlag verhandelt werden. Die Entscheidung wird bis Mitte nächster Woche vorliegen. Richtig ist so viel, daß der einstimmige Vorschlag auf Dr. Jarres lautet, nachdem auf dem Wege eines Ausscheidungsverfahrens eine Reihe anderer Namen in den Hintergrund getreten waren. Die letzte Wahl hat sich noch um Fehrn, von Gayl und Dr. Jarres gedreht, wobei erhielt dann der letztere in Rücksicht um seine im ganzen Reich wohl bekannte Persönlichkeit und seine charaktervolle Haltung im Ruhrkrieg den Vorzug. Man darf der Hoffnung Raum geben, daß es auf dem Boden des gefaßten Beschlusses unter den obengenannten Parteien und weiteren Kreisen zu einer Einigung kommt.

Berlin, 8. März. In der Person des Herrn Dr. Jarres ist der gemeinsame Kandidat gegeben, dessen offizielle Aufstellung erfolgen wird, wenn sich auch die Vertreter der Bayerischen Volkspartei einverstanden erklärt haben. Es kann angenommen werden, daß die offizielle Aufstellung des Dr. Jarres spätestens am Dienstag erfolgen wird. Es ist zu hoffen, daß der Kampf der drei Kandidaten, die sich wahrscheinlich demnächst gegenüberstehen werden, mit Ruhe und Anstand sich abspielen wird. Nichts ist innen- und außenpolitisch verderblicher, als wenn jetzt von gewisser linksstehender Seite versucht wird, Gesichtspunkte hereinzuwerfen, die mit dem sachlichen Inhalt des Wahlkampfes nicht das Mindeste zu tun haben. Wieder hört man die Parole: „Die Schwarz-weiß-rot!" „Die Schwarz-rot-gold!" „Die Monarchie!" „Die Republik!" Es dürfte doch allgemach bekannt sein, daß bis weit in die Kreise der Deutschnationalen hinein die Frage der Staatsform zurzeit überhaupt nicht erörtert wird und daß jeder, dem an einer ruhigen Fortentwicklung unserer innerpolitischen Verhältnisse gelegen ist, es vermeiden sollte, unnötige Schärfen in den Wahlkampf um die höchste Stelle des Reiches hineinzutragen.

Berlin, 8. März. Die Vorstände der Zentrumsfraktion des Reichstages und des preußischen Landtages treten auf Einladung des Vizepräsidenten Dr. Porsch Sonntag mittag zu einer unverbindlichen Besprechung über die Präsidentschaftsfrage zusammen. Die Entscheidung wird in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen unter Hinzuziehung des Reichsparteivorstands des Zentrums am Montag fallen. Voraussichtlich wird das Zentrum den preußischen Ministerpräsidenten Marx als Präsidentschaftskandidaten aufstellen. Ueber die Haltung der Demokraten ist noch nichts bekannt, da sie zu den sozialdemokratischen Beschlüssen nicht Stellung nehmen konnten. Sie wollen sich ebenfalls Montag darüber entscheiden, ob sie einen eigenen Kandidaten aufstellen oder gleich im ersten Wahlgange für Marx stimmen werden.

Berlin, 8. März. Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hielt im Reichstagsgebäude gemeinsam mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Sitzung, die sich mit der Frage beschäftigte, ob die Sozialdemokratie für die Wahl des Reichspräsidenten einen eigenen Kandidaten präsentieren oder sich mit den übrigen republikanischen Parteien auf einen Sammelkandidaten einigen wolle. In der mehr als sechsstündigen Debatte fanden beide Möglichkeiten ihre Vertreter. Die Mehrheit entschied sich schließlich für die Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Darauf zog sich der sozialdemokratische Parteivorstand zu einer Sonderberatung zurück, als deren Ergebnis gegen 8 Uhr abends mitgeteilt wurde, daß einstimmig die Aufstellung des früheren preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl empfohlen werde. Die versammelten Mitglieder des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion erklärten sich einstimmig mit diesem Vorschlag des Parteivorstandes einverstanden.

Berlin, 8. März. Der ehemalige preußische Ministerpräsident Braun hat sich bereit erklärt, für die Reichspräsidentenschaft zu kandidieren.

Unverzügliche Vorlegung eines neuen Aufwertungsgesetzes.

Berlin, 8. März. In der Samstagssitzung des Reichstags beantragten die Abgeordneten Keil (Soz.) und Koch-Weser (Dem.) ihre als dritter Punkt auf der Tagesordnung stehenden Anträge zur Aufwertungsfrage an erster Stelle zu beraten. Da die Abstimmung darüber zweifelhaft blieb, wurde durch Ham-

Wichtig für Briefmarkensammler, besonders aber für die Besitzer des bekannten Schaubek-Pergament-Albums (Verlag C. F. Lücke in Leipzig, Querstraße 17) dürfte es sein, daß wir sie auf die leichte und vorteilhafte Ergänzbarkeit dieses über die ganze Welt verbreiteten Albums durch die alljährlich regelmäßig erscheinenden Nachträge aufmerksam machen. Vor uns liegt der im Vorjahre 1924 erschienene Nachtrag Nr. 40, der in seiner Fülle — er umfaßt nicht weniger als 200 Blatt — alle Neuheiten an Marken aufführt, die seit Oktober 1922 bis Dezember 1923 herausgabt worden sind. Daraus ist ersichtlich, welche Menge neuer Briefmarken gerade in der Inflationszeit geschaffen wurde. Ohne diese Vordruck-Nachträge wäre eine genaue Orientierung für den Sammler unmöglich, zumal bei der Vielseitigkeit und oft recht schweren Beurteilungsmöglichkeit vieler Neuerscheinungen der größte Teil der Sammler eines sicheren Führers bedarf, um die wirklich dem allgemeinen Postverkehr in ausreichendem Maße dienenden Marken von den sogenannten Spekulationserzeugnissen geldschwacher Staaten oder gewinnsüchtiger Spekulanten unterscheiden zu lernen. Wer also diesen Nachtrag noch nicht besitzt, dem empfehlen wir dessen baldige Anschaffung, umsomehr, da wie uns mitgeteilt wird, die Vorarbeiten für den im Frühjahr d. Js. erscheinenden Nachtrag Nr. 41 bereits im Gange sind. Bemerkt sei noch, daß für die im gleichen Verlage erscheinenden Viktoria-Pergament-Albums (Auszug aus dem großen Schaubek-Album) für mittlere Sammler in diesem Jahre erstmalig ebenfalls Nachträge zur Ausgabe gelangen sollen. Ausführliche Prospekte über die verschiedenen Ausgaben des Schaubek-Albums und über Sammlerbedarfsartikel liefert der Verlag C. F. Lücke, Leipzig, jederzeit bereitwilligst kostenlos.

Kavalier Extra

Das beste aller Schuhputzmittel

Union-Augsburg

Zur
Lieferung und Bedrucken
von
Ehren-Urkunden und Plakaten
für Turn-, Gesang-, Krieger- und Schützenvereine, Feuerwehren, Fußball-, Radfahrer- und alle sonstigen Sportsvereine, Handwerker-, Landw. Vereine und Kleintierzuchtvereine, Garten- und Obstbauvereine
hält sich empfohlen
C. Meeh'sche Buchdruckerei, Neuenbürg
Inh.: D. Strom.
Reichhaltige Kataloge mit Abbildungen zu Diensten.

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ursprung festgestellt, daß die Umstellung der Tagesordnung mit 140 gegen 136 Stimmen beschlossen wurde, sodaß sich also das Haus mit der Beratung des demokratischen Antrags auf unverzügliche Vorlegung eines neuen Aufwertungsgesetzes in Verbindung mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung zu beschäftigen hatte. Abg. v. Richthofen (Dem.) und Abg. Keil (Soz.) begründeten die Anträge ihrer Parteien, wobei ersterer auf die große Bedeutung der Aufwertungsfrage für die ganze Wirtschaft hinwies, die nicht mehr länger in der Schwebe bleiben dürfe. Letzterer bezog sich in seiner Begründung auf die Deutschnationalen, die vor einem Jahr als Oppositionspartei den gleichen Antrag eingebracht, inzwischen aber zurückgestellt hätten. Reichsjustizminister Dr. Frenken sagte baldigste Vorlegung einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu, betonte aber, daß die Regierung die Verantwortung für die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung nicht übernehmen könne. Im weiteren Verlauf der sehr ausgedehnten Debatte wurde von allen Rednern die Verzögerung in der Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs bedauert, der sozialdemokratische Antrag als dem Agitationsbedürfnis entsprungen und nicht ernst gemeint abgelehnt und dem demokratischen Antrag zugestimmt. Recht interessant waren die Ausführungen des Abg. Dr. Best (Dn.), des Urhebers des bekannten Aufwertungsgesetzentwurfs, der erklärte, daß er seinen Entwurf nur als Grundlage für die Ausschußberatungen betrachte. Die dritte Steuernotverordnung sei das schlimmste Unrecht, das in der deutschen Geschichte begangen worden sei, da durch sie die wirtschaftlich Starken auf Kosten ihrer schwächeren Gläubiger begünstigt würden. Die prozentuale Aufwertung sei allein gerecht und wirtschaftlich tragbar. Die Einwendungen der Großkapitalisten und der großen wirtschaftlichen Verbände seien nicht stichhaltig. Sein Entwurf würde diejenigen Schuldner schonen, die beweisen könnten, daß ihnen die Aufwertung der Hypotheken keine Gewinne gebracht habe. Der Redner führte Beispiele an, wie Unternehmungen der chemischen und der Schwerindustrie ihre Substanz gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt und verdreifacht haben. Wenn solche Unternehmungen nur 15 Prozent ihrer Schulden übernehmen sollten, so sei das eine ungerechtfertigte Schädigung der Gläubiger. Der Redner zeigte auch an Beispielen den oft recht zweifelhaften Wert der Goldbilanzen und wies darauf hin, daß anständigen Gesellschaften, die in der Lage und gewillt gewesen seien, ihre Gläubiger zu befriedigen, dies wiederholt von ihren Emissionsbanken mit der Androhung einer Anzeige beim Konzern verboten worden sei. Die Steuerfrage sei nicht unlösbar, denn wenn die Gläubiger auf eine gerechte Aufwertung rechnen könnten, so würden sie auch gern 2 Prozent ihrer Forderungen an den Steuerfiskus abführen. Ungerecht würde es sein, wenn man die Hauszinssteuer verewigen wolle. Alle Deutsche hätten den Krieg verloren und deshalb müsse die dritte Steuernotverordnung verschwinden. — Schließlich wurde der demokratische Antrag auf unverzügliche Vorlegung eines neuen Aufwertungsgesetzes einstimmig angenommen und der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung und ihr Ersatz durch ein Aufwertungsgesetz auf Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten dem Ausschuß überwiesen. Zum Schluß wurde noch die Einzelberatung des Etats des Reichsverkehrsministeriums zu Ende geführt und der Etat verabschiedet, worauf sich das Haus auf Montag Nachmittag 2 Uhr vertagte.

Deutschland und der Völkerbund.

Berlin, 8. März. Der „Vorwärts" bringt heute morgen die Meldung, daß die Reichsregierung ihre Vorbehalte gegen die §§ 16 und 17 der Völkerbundssatzungen aufgegeben habe. Wie die Tel.-Union von unterrichteter Stelle erfährt, trifft diese Nachricht nicht zu. Die Unterredung zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond und dem deutschen Außenminister hat sich in der Weise abgespielt, daß Drummond versuche, die deutschen Bedenken gegen den vorbehaltlosen Eintritt in den Völkerbund zu zerstreuen. Der Außenminister konnte aber nur den bekannten deutschen Standpunkt aufrecht erhalten, daß Deutschland sich unter keinen Umständen an irgend welchen kriegerischen Maßnahmen beteiligen, noch den Durchzug fremder Truppen gestatten kann. Bei den längeren Besprechungen des Generalsekretärs des Völkerbunds mit Staatssekretär Schubert im Auswärtigen Amt konnte auch der Einwand, daß ja auch die Schweiz sich wenigstens an einem wirtschaftlichen Boykott beteilige, von deutscher Seite nicht als stichhaltig anerkannt werden, weil der Boykott durch ein wirtschaftlich so bedeutendes Land wie Deutschland, zumal bei dem Stande unserer tatsächlichen Abrüstung eine natürliche Kriegsgefahr in sich schließe. Die Bedenken gegen die §§ 16 und 17 sind also von keiner Stelle des deutschen Auswärtigen Amtes zurückgezogen worden.

Chamberlain bei Herriot.

Paris, 8. März. Der diplomatische Redakteur der Agence Havas glaubt in der Lage zu sein, über die Unterredung zwischen Herriot und Chamberlain mitteilen zu können, der englische Minister sei der Ansicht, daß der deutsche Paktvorschlag zu fünfen eine annehmbare Verhandlungsbasis abgeben könne. Es habe nicht den Anschein, als ob sich Herriot kategorisch weigerte dem zuzustimmen, jedoch habe er ernstliche Einwendungen gemacht, aber nur seine persönlichen Meinungen zum Ausdruck gebracht. Herriot habe Chamberlain sicherlich dargelegt, daß der Paktvorschlag besser aufgenommen werden würde, wenn ihm ein enger gehaltenes Sicherheitsabkommen zwischen England, Frankreich und Belgien vorausginge, doch scheine in dieser Hinsicht die Absicht des britischen Kabinetts schon festgelegt zu sein. Nach Ansicht Chamberlains würde ein Pakt, der Deutschland ausschließe, sowohl von den englischen Liberalen als von der Arbeiterpartei bekämpft werden. Und wenn ein konservatives Kabinett glaube, ihm zustimmen zu können, dann würde ein nachfolgendes Kabinett sich durch einen unter solchen Umständen abgeschlossenen Vertrag nicht für gebunden halten. Die Alliierten müßten sich unter sich verständigen, bevor sie mit Deutschland verhandeln, aber der Abschluß eines internationalen Paktes zu dreien, der einem Pakt zu fünfen vorangehen müsse, könne bei dem augenblicklichen Stand der Dinge in London als unannehmbar bezeichnet werden.

Vor der 38. Tagung des Völkerbundes.

Genf, 9. März. Der englische Außenminister Chamberlain, unter dessen Vorsitz der Völkerbundsrat seine 33. Tagung abhalten wird, ist gestern vormittag in Genf eingetroffen. Es wird nicht mehr damit gerechnet, daß sich die Verhandlungen über die Hauptpunkte der bevorstehenden Ratstagung in die Länge ziehen werden. Die Verhandlungen über eine weitere Vertagung des Genfer Protokolls, über den Ausbau des Kontrollregimes des Völkerbundes in Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien und über die Beantwortung der deutschen Note bezüglich einer eventuellen Beteiligung Deutschlands an kriegerischen Zwangsmaßnahmen des Völkerbunds auf Grund des Artikels 16 des Völkerbundspaktes dürften vielmehr nur wenige Tage in Anspruch nehmen. Auch die auf der Tagesordnung stehenden Fragen betreffend das Saargebiet und Danzig glaubt man in dieser Woche bereits erledigen zu können

---

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag den 10. März, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:
1. Fürsorgeangelenheiten.
2. Bausachen.
3. Rechnungssachen.
4. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Forstamt Calmbach.

Wiederverkauf von Brennholz

am **Mittwoch den 11. März 1925**, vormittags 9 Uhr, in Calmbach („Sonne") im Anschluß an den Schichtderbholz-Verkauf aus Staatsw. Eiberg Abt. Hirschgärtle u. Eingemachter Wald: Rotbachen Rm.: 10 Klotzholz und 9 Anbruch, sowie 30 Rm. Nadelholzanbruch.

Neuenbürg.

Zuverlässigen

Personen

bietet sich guter Verdienst durch den Verkauf erstklassiger **Massen-Artikel** m. unbeschränktem Absatz.

Anfragen an
Wilh. Fieß, Neuenbürg.

Mütter

die ihre Kinder lieb haben, waschen sie nur mit der echten

Steckenpferd-Buttermilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul, denn diese ist die beste Kinderseife, da äußerst mild und wohltuend für die empfindlichste Haut.

Carl Mahler, Seifenfabrik, Lustnauer Nchf., C. Glöckelmann.

Pfinzweiler.

Zirka 25 Zentner gut eingebrachtes

Heu

zu verkaufen.

Ludw Huber.

Zu verkaufen:

1 Partie buchene

Stühle

Stück 4.50 Mark, bei Mehrabnahme billiger.

Möbelhandlung Schöttle,
An- und Verkaufsgeschäft,
Pforzheim,
Dillsteinerstr. 18, Telefon 2165.

Stadtpflege Neuenbürg.

Grundstücks-Verpachtung.

Die Verpachtung der
Parz. 1065 — 15 a 19 qm Wechselfeld auf der Wilhelmshöhe ohne Scheuer (fr. Bes.: Chr. Bacher),
Parz. 437 — 13 a 14 qm Acker in den Hausäckern,
Parz. 790 — 13 a 07 qm daselbst (Petrus Finkbeiner),
Parz. 437 und 790 in 6 Teilabschnitten,
Parz. 851 — 18 a 55 qm Wegböschungen bei den Reutwiesen (Wilhelm Fischer)
erfolgt am

Samstag, den 14. März 1925, nachmittags 4 Uhr,

(nicht Mittwoch). Zusammenkunft beim Finkbeiner'schen Feld an der alten Pforzheimerstraße um 4 Uhr.

Anschließend an die Verpachtung werden eine Anzahl

abgängige Bäume

vom Ziegelrain und von den Junkeräckern an Ort und Stelle öffentlich versteigert.

Stadtpfleger Eisich.

Dennach.

Die Gemeinde bringt im Submissionsweg nachstehendes Langholz zum Verkauf:

Aus Abteilung 10:
Eichen: 1 Stück mit 0,19 Fm. V. Klasse.
Nadelstammholz: Los I Nr. 1—42, 44—90: 89 Stck. Tannen mit 35,35 Fm. Los II Nr. 91—167 und 140 a: 78 Stück Tannen mit 28,99 Fm.

Aus Abteilung 15:
Los III: Nr. 1—90: 90 Stück Tannen mit 28,72 Fm.
Los IV: Nr. 91—150: 60 Stück Tannen mit 19,65 Fm.
Los V: Nr. 151—210: 60 Stück Tannen mit 35,34 Fm.
Los VI: Nr. 211—240: 30 Stück Tannen mit 17,09 Fm.
Los VII: Nr. 241—270: 30 Stück Tannen mit 23,13 Fm.
Los VIII: Nr. 271—368 u. 330 a: 99 Tannen mit 34,46 Fm.

Angebote, welche sich auf die einzelnen Lose erstrecken müssen, sind bis spätestens **Freitag, den 13. März, nachmittags 6 Uhr,** verschlossen mit der Aufschrift: „Gebot auf Stammholz" an das Schultheißenamt einzureichen.

Die Zahlungsbedingungen können am Mittwoch und Freitag auf dem Rathaus eingesehen werden.

Den 9. März 1925. **Gemeinderat.**

Stadtgemeinde Calw.

Zum nächsten

Krämer-, Pferde-, Vieh- und Schweine-Markt

in **Calw am 11. März 1925** ergeht Einladung:

Vorschriften:

1. Aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen Tiere nicht zugeführt werden.
2. Personen aus Sperrbezirken dürfen den Markt nicht besuchen.
3. Für alle zum Markt gebrachten Tiere sind Ursprungszeugnisse der Ortspolizeibehörde beizubringen. Tiere, für welche solche Zeugnisse nicht beigebracht werden, werden zurückgewiesen.
4. Viehhändler haben amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen.
5. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Auftrieb durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung und außerhalb des Marktplatzes darf kein Handeln, d. h. kein Feilbieten, kein An- und Verkauf von Tieren stattfinden.
6. Händlern und Viehtreibern ist der Zutritt zu dem Markt nur in sauberer Kleidung gestattet.

Der Markt beginnt **vormittags 1/8 Uhr.**

Nichteinhalten dieser Vorschriften wird bestraft. Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt gewiesen.

Calw, den 7. März 1925.

Stadtschultheißenamt:
Göhner.

Turner-Gesangverein
Neuenbürg.
Heute abend 8 Uhr
Singstunde.
Alle Sänger erwartet
der Vorstand.

Pfannkuch

Besonders preiswert:
Prima
Rauchfleisch
Pfund **1.70**
Filder-Sauerkraut
Pfund **10** Pfg.
Erbsen
gelbe gespaltene
Pfund **19** Pfg.

Pfannkuch
G.m.b.H. & Co.

Hilfsarbeiter

gesucht.
Bügeleisenfabrik
Neuenbürg.

Gebrauchte Möbel!

Schönes nußb. poliertes **Büfett**, 150 —, pol. **Umbau mit Plüschsofa** (stahlblau), **2 Fauteuil**, pol. **Tisch** 100, pol. **Pfeilerspiegel** 50 Mk., große pol. **Kommode** 28 Mk., pol. **Schreibsekretär** 60 Mk., 2 polierte **Bettstellen**, 2 pol. **Nachttische**, 2 gleiche pol. **Kleiderschränke**, polierte **Waschkommode**, eich. **Bertiko-Bettstellen** in Holz und Eisen von 8 Mark an, **Polsterrölle, Matratzen** preiswert zu verkaufen.

Möbelhandlung Schöttle,
An- und Verkaufsgeschäft,
Pforzheim,
Dillsteinerstr. 18, Telefon 2165.

Conweiler.

Im Zwangsweg wird am **Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr,**

1 schweres Zugpferd, 1 Langholzwagen, 1 Leiterwagen, 1 Futterschneidmaschine, 1 Herrenschlitten, 1 Langholzschlitten, eine Nähmaschine und 1 Blumenständer

öffentlich gegen Barzahlung versteigert. Zusammenkunft beim Rathaus.

Ecker, Gerichtsvollzieher.

Vertreter!

Für den **Bezirk Neuenbürg** wird ein tüchtiger **Vertreter** zum Vertrieb eines für die Landwirtschaft unentbehrlichen Artikels gesucht. Tagesverdienst Mark 20.— bis 30 — zugesichert.

G. fl. Offerten unter Chiffre L. A. 100 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Meister

der Celluloidwaren-Fabrikation

evtl. erstklassiger **Vorarbeiter** für sofort unter günstigen Bedingungen **gesucht.**

Offerten unter Nr. 500 an die Enztäler-Geschäftsstelle erbeten.

Täferschindeln

in jeder Fasson gesägt, sowie gehobelt, werden unter Tagespreis angefertigt bei

Oskar Weber, Täferschindelfabrik,
Langenalb bei Pforzheim.
Muster gerne zu Diensten.

Gesangbücher

in reicher Auswahl

empfiehlt die

C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw